

Parlamentarischer Vorstoss GGR

Eingang : 21.01.2023

Bekanntgabe im GGR : 24.01.2023

Stadtkanzlei
GGR
Gubelstrasse 22
6301 Zug

Eingang 23. JAN. 2023

Departement	Antr. / Erled.	z.K.
Präsidial		
Finanz		
Bildung		
Bau		
SUS	✓	
Kanzlei		
Dienst-/Stabstelle		

Interpellation der SP-Fraktion bezüglich Stiftung Liebfrauenhof

Der Berichterstattung der Zuger Zeitung vom 29.12.2022 (online) entnehmen wir, dass die Stiftung Liebfrauenhof, die Trägerin der «Herberge für Frauen» ist, zum Zweck der Aufrechterhaltung des Betriebs des Frauenhauses auf Einkünfte aus Liegenschaften an der Waldheimstrasse angewiesen ist. Mietenden wurde bereits gekündigt, eine Sanierung steht an und eine Erhöhung der Mieten von bis zu über 100 Prozent wird angestrebt. Im Gespräch mit der Zuger Zeitung macht der Geschäftsführer Werner Ulrich geltend, dass die Stiftung nicht von der öffentlichen Hand unterstützt werde und deshalb auf eigene Einnahmen angewiesen sei. Heisst: In der Stadt Zug werden Schutzplätze auch über hohe Mieten finanziert.

In Anbetracht des für Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen überaus schwierigen Zuger Wohnungsmarkts und eingedenk der öffentlichen Aufgabe, eine angemessene Anzahl von Schutzplätzen für Opfer häuslicher Gewalt zur Verfügung zu stellen, erlauben wir uns, dem Stadtrat folgende Fragen zu unterbreiten:

- 1) Hat die Stadt Zug in den vergangenen vier Jahren finanzielle Mittel an die Stiftung Liebfrauenhof überwiesen? Falls ja: In welcher Höhe und zu welchem Zweck?
- 2) Erkennt der Stadtrat im Betrieb der «Herberge für Frauen» einen Wert für die Stadt Zug und ist er bereit, sich mit einem angemessenen objektorientierten Beitrag an den Betriebskosten zu beteiligen?
Wenn nein, wieso nicht, wer soll dann deren Tätigkeiten übernehmen?
- 3) Wie bewertet der Stadtrat eine Situation, in der aufgrund der Zurückhaltung der öffentlichen Hand Stiftungen zur Erfüllung gesellschaftlich wertvoller Aufträge auf Erträge aus Mietzinsen angewiesen sind und deshalb zur stadtweiten Dynamik andauernder Mieterhöhungen beitragen? Erkennt der Stadtrat diesbezüglich und in Anbetracht des Mangels an preisgünstigem Wohnraum in der Stadt Handlungsbedarf?

Für die SP-Fraktion

Albina Fässler

Esther Ambühl Tarnowski

Ivano De Gobbi

Jérôme Peter

Marilena Amato Mengis